Hamburger Echo.

Freitag, den 9. September 1904.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementpreis (incl. „Die Neue Welt“): beträgt: durch die Post bezogen ohne Frangobill monatlich M. 1.20, vierteljährlich M. 3.50; durch die Korrespondenz wöchentlich 30 A frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 A. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 A.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Waberstky in Hamburg.

Anzeigen werden die schlagendste Beilage oder deren Raum mit 30 A. für den Arbeitmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 A. berechnet.
Anzeigenannahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus.
Reaktion und Expedition: Fehlbildstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lemmings, Davidsstr. 35. Nord-St. Pauli, Simsbüttel, Langensfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Simsbüttel. Hohenfelde, Eppendorf, Groß-Varrel und Winterhude bei Ernst Grothkopf, Lehmannstr. 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Peteret, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgerstr., Billwärder bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Elbsied, Wandsbeck und Finkenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Wahrenfeld bei Johannes Heine, Wahrenfelderstr. 140, Ottensen.

Trinkt kein boykottiertes Bier!

Die Gewerkschaftskartelle von Hamburg und Umgegend.

Hierzu eine Beilage.

Die Kosaken der Diplomatie.

Ein „russischer Staatsmann“ hat an den Herausgeber der „Deutschen Neuzeit“ ein Schreiben gerichtet, das die Anschauungen der leitenden politischen Kreise in Russland über die Möglichkeit eines Friedensschlusses zwischen Russland und Japan wiederzugeben soll. Wenn das wirklich der Fall ist, so muß man sagen, daß der Hochmut, den diese leitenden politischen Kreise bisher bezeugten, sich im Schreiben über die furchtbaren Niederlagen Russlands einfach in Dummheit verwandelt hat. Denn nach diesen Mitteilungen erwarten die leitenden Kreise Russlands, daß Japan nicht nur die ersten Schritte für den Friedensschluß tut, sondern auch Russland für den „freiwilligen Friedensbruch“, den Japan begangen haben soll, Genehmigung gewährt. So kann ein Sieger, aber nicht ein Besiegter sprechen. Dazu wird die Situation Russlands mit der Situation Deutschlands von 1870 verglichen. Dieser Vergleich ist ebenso albern, denn heute weiß jedermann, daß Deutschland damals nicht „überfallen“, sondern daß Napoleon III. durch die diplomatischen Klünste Bismarcks gezwungen worden ist, loszuschlagen, bevor er sich den allerdings unvermeidlich gewordenen Krieg genötigt gefühlt war. Die Japaner wurden auch durch die russische Diplomatie zum Losschlagen getrieben, allein sie waren so schlau, sich genötigt zu rufen. Wie kam denn die Zwangslage? Als der Bogenkrieg in China das Eingreifen der europäischen Mächte zur Folge hatte und dann Truppen in China einrückten, proklamierte bekanntlich Russland den Grundsatz, daß die Integrität Chinas gewahrt bleiben müsse und keine Macht einseitiges Gebiet annektieren dürfe. Die russische Diplomatie sprach noch offene und scharfe Drohungen gegen die Macht aus, die sich unterziehen sollte, diesen Grundsatz zu verletzen. Die Mächte stimmten dieser Erklärung zu und hatten sich damit gegenüber der russischen Arglist die Hände gebunden. Blühlich besetzte Russland die Mandchurien zum Erlaunen der zivilisierten Welt, nachdem es schon die Integrität Chinas proklamiert hatte. Man mag die freche Räuberart um so eher, weil man die Gewissheit hatte, daß Truppen einer europäischen Macht nicht leicht in die Mandchurien einmarschieren könnten. Die Presse hatte wieder von Protesten, worauf die russische Diplomatie die höhnische Antwort gab, die Mandchurien sei von China als „Geschenk“ an Russland gegeben worden in Anerkennung von dessen Verdiensten um die Unterdrückung der Bogenkriege. Dieser Ill kam natürlich die Mächte nicht abhaken, bei Russland Vorstellungen zu machen. Vorstellungen — bei Russland! Die russische Regierung verwarf diese auch, die Mandchurien zu räumen, aber jedermann sagte sich mit Recht, das werde freiwillig niemals geschehen, und so war es auch. Einstweilen wurden dort jene Megeleien angereicht, mit denen Russland keine „Kultur“ in andere Länder zu tragen pflegt.

wird. Ob man in den leitenden politischen Kreisen Russlands auf ein Eingreifen dieser oder jener Macht ausschließlich zu Gunsten des Jarentums hofft? Diese Hoffnung wird vergeblich sein, denn ein solches Eingreifen würde ohne weiteres den Weltkrieg bedeuten, und vor diesem sich zu hüten, haben alle Mächte allen Grund. Wir haben schon des öfteren dargelegt, daß die alte Schule der Diplomatie, in der sich eine Klasse festgesetzt hat, vollkommen überlebt ist. Wenn wir man lernen, die russische Kosaken-Diplomatie als das zu nehmen, was sie ist? Wenn der Leiter der auswärtigen deutschen Politik sagen konnte, als man bei der „Pachtung“ von Kiautschow auf die Möglichkeit darans entspringender internationaler Bewilligungen hinwies: „Meine Herren, fürchten Sie gar nichts!“ so ist nun sechs Jahre später in der Nachbarschaft von Kiautschow ein Krieg, der schon sehr bedenkliche Situationen herbeiführt hat, als sich russische Kriegsschiffe in den dortigen Hafen einschleichen. Der damalige Staatssekretär des Auswärtigen, Graf Willow, besaß eben auch damals schon wie heute unbegrenzte Vertrauen in die russische „Freundschaft“, die so gefährlich werden kann. Der japanisch-russische Krieg hat wohl auch die Wirkung, daß er in der äußeren Politik der Mächte neue Richtungen vorgezeichnet, die sich von den alten ausgehenden Geleisen entfernen. Nachdem England isoliert worden, hatte die schwere Hand der russischen Diplomatie auf allen Beziehungen der Mächte untereinander gelegen. Dieser Mann ist durch die japanischen Siege gebrochen und das ist auf alle Fälle ein Gewinn.

Im übrigen werden die leitenden Kreise in Russland ihren Hochmut noch weiter dämpfen müssen. Ob nun die Wirkungen des Krieges in Russland selbst eine Katastrophe herbeiführen oder nicht — jedenfalls hat man in Russland zum ersten Mal mit dem Volke rechnen müssen, das sonst nur stumm seine Steuern an Gut und Blut entrichtet hat. Alle oppositionellen Strömungen sind mächtig gefürt worden; die Kräfte der Japaner haben den Thron des alten Absolutismus selbst getroffen. Die Zustände im Innern Russlands können nicht die alten bleiben. Wenn eine Katastrophe ausbleibt, so werden nach dem Frieden die oppositionellen, die reformistischen und revolutionären Strömungen mit verdoppelter Macht einsetzen. Die Leute, die zur Zeit die leitenden politischen Kreise in Russland bilden, sind mit dem Glück der Kaiserkrone und Unfähigkeit beladen. Ihre Generale stehen geschlagen da, ihre Flotten sind vernichtet. Das alte System muß daran zu Grunde gehen.

Schippel und die Zollpolitik der deutschen Sozialdemokratie.

Wenn die Sozialdemokratie als berufene Vertreterin der arbeitenden Arbeiter und ihrer Interessen sich also nicht nur Schutzpolitik bekennen kann, so braucht sie darum noch nicht Vertreterin des absoluten Freihandels im Sinne der bürgerlichen Mandchurienmänner zu sein. Sie ist es auch, wie wir schon beonten, nie gewesen. Schippel muß sich erst mühsam einige Referate zusammenlesen, um einen Scheinbeweis dafür zu erbringen, daß eine dahingehende Erklärung in der Partei vorhanden sei. Nur unter dieser Voraussetzung konnte er seine Freundschaftsreden über den Zollverhältnis in Kiautschow als das ganze Bild zur Verfügung stellen, nicht geringe Quantum von Gohn und Spott erregen, wie geschähen. Die Absicht Schippels war offenbar, mit diesem Gohn die Partei zu treffen, wenn er auch nur die Neugier einzelner Personen oder Zeitungen für den Zweck herauszuzieh. Geht es ihnen wie die Partei freilich nicht davon, die Sozialdemokratie beizubehalten, auf den Schützen zurück, weil sie gegen eine Doktrin gerichtet sind, die die deutsche Sozialdemokratie niemals sich zu eigen gemacht hat.

Wir haben schon im vorigen Artikel darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie sich zur bürgerlichen Freihandelspolitik schon deshalb nicht uneingeschränkt bekennen konnte, weil für deren mangelnde Vertreter als erstes Motiv die Verbilligung der Produktionskosten durch Herabsetzung der Löhne maßgebend war. Auch zu der von der Mandchurienmänner bzw. absoluten Freihandel beigezeichneten Wirkung des „guten Beispiels“ kann die Sozialdemokratie sich nicht bekennen. Die Cobden und Genuin mühen aus ihrer englischen Beurteilung der Verhältnisse heraus an diese Wirkung des Freihandels vielerorts wirtschaftlich gelangt haben; vielleicht haben sie diesen Glauben auch nur vorgetrigelt, um die widerstrebenden Kreise in England, das in seiner demographischen Situation den Freihandel brauchte, demselben geneigter zu machen. Bestand der Glaube wirklich, so ist er nur ein weiterer Beweis dafür, daß das Mandchurien ist von den ökonomischen Kräften und der Macht der wirtschaftlichen Gegenstände in den einzelnen Ländern und den einzelnen Staaten gegen einander recht wenig liegende Gültigkeit hatte. Das „gute Beispiel“ verlag in dem Sinne der Sozialdemokratie, daß man irgendwie kommen diese Interessengruppen schäfer zum Ausdruck als in der Handels- und Zollpolitik in der jeder Staat für seine Angehörigen herauszufinden hat, was nur irgend zu erreichen ist. Die Macht des „guten Beispiels“ muß aber um so mehr verfallen, als mit Friedrich Engels annehmen ist, daß in gewissen Entwicklungsstadien jedes Landes Schutzzölle zur Gebung der eigenen Volkswirtschaft unentbehrlich sind. Da aber noch heute zahlreiche Länder sich in diesem Stadium befinden, in der Zeit, da England zum Freihandel überging, deren aber noch mehr waren, so war

das Vertrauen auf die Macht des guten Beispiels entweder gebandelt oder verlassen. Die deutsche Sozialdemokratie aber denkt realpolitisch genau, um sich solchen Illusionen nicht hinzugeben. Für sie ist die Frage des Freihandels darum nicht die eines Prinzips, dessen Durchführung in allen Staaten unter allen Verhältnissen mit allen Mitteln zu erreichen ist; sie hat vielmehr anerkannt, daß unter bestimmten Voraussetzungen auch Zollschranken zuzulässig sein müssen, Voraussetzungen, die wir schon im vorausgegangenen Artikel skizziert haben. Damit wird die Frage „Schutzzoll oder Freihandel?“ für uns zu einer Frage der Zweckmäßigkeit, die je nach den Umständen der einzelnen Länder verschieden beantwortet werden kann und werden muß. Soweit die Sozialdemokratie der Interessen der Arbeiterschaft ihre Antwort davon abhängig machen, daß durch die Art der Entscheidung die allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft nicht verletzt, sondern gefördert werden. Eine generelle Entscheidung für alle Länder ist nicht möglich, weil die Verhältnisse dieser Länder so verschieden gestaltet sind, daß in dem einen einen Schaden anrichten würde, was im anderen nützlich ist.

Wir haben darum bei der Entscheidung für uns von den Verhältnissen in Deutschland auszugehen. Eins bleibt dabei für die Sozialdemokratie trotzdem zuzulassen als Prinzip bestehen, das ist: dem freien Verkehr unter den Völkern möglichst wenig Schranken aufzuerlegen. Das was vorstehende Ziel nicht unter der billigen freien freien Verkehr nicht finden können, diese Erklärung wird einer Zeit vorbehalten bleiben, wo die wirtschaftlichen und politischen Interessengruppen der Nationen im wesentlichen ausgeglichen sind, wo die sozialistische Gesellschaftsorganisation die Arbeitsleistung nicht nur innerhalb der Völker, sondern auch unter den Nationen vernünftig geregelt haben wird. Der internationale Charakter der sozialistischen Arbeiterbewegung erfordert es also schon, daß die Sozialdemokratie, wo immer ihr die Entscheidung über die Zollpolitik mitzufallen, nur aus zuzulassen der Zweckmäßigkeit Zollschranken gegenüber den Völkern hat, wo aber dort, wo bestehender Zollschutz sich in Folge der höher entwickelten Leistungsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaft als überflüssig und entbehrlich erweisen hat, für die Begrenzung der Zollschranken einzutreten hat.

In diesem Sinne muß also die Sozialdemokratie „freihandeltlich“ sein. Ihr Standes muß von einer auf möglichst freien Verkehr gerichteten Tendenz getragen sein. Das ist in auch ganz zweifellos die Meinung der großen Masse der Parteigenossen und ihrer hervorragenden Vertreter in solcher Höhe, daß man sehr wohl von einer Parteimeinung sprechen kann. Schippel legt sich zu dieser Parteimeinung in den schärfsten Gegensatz, aber er für den Freihandel nur billige Spottwörter hat, aber alle Gründe für den Schutzzoll und zur Verbilligung derselben festhalten zusammenzufassen, b. h. für Freiheiten, die auf das Genuin des Arbeiters beruhen, hinstellen. Wie überflüssig die Schippelsche Polemik gegen den Freihandel als „Prinzip“ ist, beweist er übrigens selbst. Nachdem er des Kampfes und Weiten sein Mäthen an dem „grundzüglichen“ Freihandel und den „grundzüglichen“ Freihandeln gefügt, sagt er am Schluß seines vierten Artikels: „Grundzügliche“ Entscheidungen für oder gegen spielen hier also gar nicht die Rolle, die man ihnen zummeht.“ Wozu dann der Eifer gegen die verhassten Freihändler?

Dieser Eifer hat aber trotzdem seine reale Unterlage, weil die leitendste Leistung Schippels nur nach einer Richtung richtig ist. Die „grundzügliche“ Entscheidung nach der Freihandelsseite ist heute überall in den maßgebenden bürgerlichen Kreisen und in den Gesetzgebungen der Staaten völlig ausgeglichen. Die Schutzzölle sind und besonders die Agrarzölle der Ernährung hat überall Boden gefest; sie regeln sich unter Chamberlains Führung selbst in freihandeltlichen Großbetrieben mit bemerkenswerter Stärke. Im Maßstab auf diese schützpolitische Entscheidung sind die bevorstehenden Entscheidungen in der Zollfrage aber doch gewissermaßen „grundzügliche“; bei allen maßgebenden Wirtschaftsarten verhält der „Grundzügliche“ der Zollherabsetzung, was im „Prinzip“ haben die Schutzzölle schon, was sie wirklich: ein ausgesprochenes Schutzzölle; für sie handelt es sich nur noch darum, ihr Prinzip noch schärfer auszusprechen. Die Freihändler dagegen haben gegenwärtig absolut keine Aussicht, ihr Prinzip zur Geltung zu bringen, in nicht einmal die Aussicht, Zollermäßigungen zu erreichen; ihre Tätigkeit im Sinne ihres Prinzips beschränkt sich im wesentlichen darauf, Zollherabsetzungen abzuwehren. Und doch werden auch sie vor eine prinzipielle Entscheidung gestellt, nämlich ob sie gewissen Zollherabsetzungen ihre Zustimmung aus anderen Gründen geben sollen, z. B. um überhaupt zu neuen Handelsverträgen zu kommen. Davons resultiert für die heile Situation des Nicht-Prinzips. Er ist zwar den Minimalzöllen für Getreide feindlich gegenüber, aber bereit, sie zu akzeptieren, um die Handelsverträge unter Dach zu bringen.

Die Stellung, die Schippel in dieser Frage einnimmt, unterscheidet sich nur sehr viel von der Frage des Nicht-Prinzips, obwohl Schippel es zornig über dem freistellen Freihandel, wie er von Nichter und den Seinen betreten wird, herfällt, er ist im „Prinzip“ also Antipoden sind. Schippel erklärt rund und nett: „Der Handelsverträge will, muß unter allen Umständen auch Zölle wollen — unter besonderen Umständen auch Agrarzölle.“ Was Eugen Richter aus Angst vor dem Scheitern der Handelsverträge zugeht, das vertritt Schippel als Prinzip.

Der apostolische „Ausdruck“ Schippels hat für die Weltung der Sozialdemokratie nur dann einen Sinn, wenn er bezeugen soll: Die Sozialdemokratie tritt für Handelsverträge ein (sie hat wenigstens für die Cobden'schen Verträge gestimmt); um mit den anderen schützpolitischen Staaten Handelsverträge schließen zu können, muß man wenigstens zum Abhandelnlassen Zölle an der Hand haben; somit kann die Sozialdemokratie nicht absolut gegen Zölle, ja unter besonderen Umständen (die wir uns noch näher ansehen werden) sogar nicht einmal gegen Agrarzölle sein.

um jeden Preis tollte. Das ist der Sozialdemokratie niemals eingefallen und wird ihr niemals einfallen. Der starke Beweis dafür ist die Tatsache, daß schon heute der Beschluß so gut wie feststeht, daß unsere Fraktion gegen den neuen Handelsvertrag mit Russland und gegen andere Handelsverträge stimmen wird, in denen die Minimalzölle für Getreide untreu erhalten werden. Die Handelsverträge können für die Sozialdemokratie niemals Selbstzweck sein, sondern nur Mittel zum Zwecke der Sicherung und Erleichterung des Verkehrs von Land zu Land. Nur weil die Capitulativen Handelsverträge eine Reihe wichtiger Zollherabsetzungen, so vor allem für Getreide, bringen, hat die sozialdemokratische Fraktion ihnen zustimmend. Sie könnte damit nicht „grundzüglich“ für die verbleibenden Zölle, wahrte vielmehr ihr auf Verkehrserleichterung gerichtetes Prinzip, indem sie den gebotenen Erleichterungen zur Annahme verhilft.

Schippel verneint aus dem nicht kleinen Teil seiner Darlegungen darauf, um ein der Geschichte der englischen Handelspolitik den Nachweis zu führen, daß ein Land, welches sich „grundzüglich“ zum Freihandel bekennt, für den Abschluß von Handelsverträgen den anderen Kontrahenten nichts zu bieten hat. Seine Schilderung, wie das großmächtige, fegezwellige England nach seinem Uebergang zum Freihandel den schützpolitischen Strömungen in anderen Staaten total maßlos gegenüberstand und um die Gewährung nur der Maßbegünstigung förmlich betteln mußte, ist wahrhaft herzerstreuend für den, der wie Schippel im Schutz des handelspolitischen Ideal steht. Das Schippel dieses Ideal vertritt, bereit ist bei jeder Gelegenheit, vielleicht ganz ungewollt, mit aller Deutlichkeit. Er spricht gegen das Ende seines fünften Artikels von dem Manifest des englischen Premierministers Valfour, in welcher die Stellung nahm zu den Chamberlain'schen Schutzzollherabsetzungen, und da ist zu lesen:

„Das Manifest des Premierministers Valfour über den „Influens Freihandel“ bringt hier nur zum Ausdruck, was viele tausende längst klar wußten und abermals dunkel abtönen: Junge Länder und alte, reiche Gemeinwesen und arme, Großstaaten und kleinere Staaten, freie Völker und absolutistisch regierte, alle sind aus den gleichen Gründen dazu getrieben worden, das gleiche ökonomische Ideal (das protektionistische System) aufzugeben.“

Zweifellos rednet Schippel sich selbst zu den tausenden, die „langst klar wußten“, daß das protektionistische System das ökonomische Ideal ist. Er ist demnach nicht Schutzzölle aus dem Prinzip, der Protektionismus ist sein ökonomisches Ideal; wenn er für die Schutzzölle als Waffe im Kampf um — geringere Zölle bei den übrigen Staaten sieht, so dient er damit nur seinem Ideal des Protektionismus, d. h. der handelspolitischen Abschließung der Nationen gegen einander.

Die französischen Darlegungen Schippels sollen dazu dienen, die Unmöglichkeit einer generellen Freihandelspolitik nachzuweisen. Unter dieser generellen Freihandelspolitik versteht Schippel aber nicht, was unter dem umfassenden Ausdruck eigentlich verstanden werden muß: Freihandelspolitik wenn nicht in allen, so doch in den wichtigsten Kulturländern, sondern eine allgemeine Freihandelspolitik in nur einem Land, hier England. Unter dieser Beschränkung können wir ihm gern zugeben, daß die handelspolitische Situation eines Schutzzolllandes, das von lauter hochschützpolitischen Staaten umgeben ist, unter Umständen eine recht häßliche werden kann. Zunächst eines dieses schützpolitischen Staaten kann sich in der Tat ein einzelner Staat nicht grundsätzlich aller Abgaben gegen den Zollpolitischen Egoismus seiner Umgebung begeben; er muß sich, wie wir schon früher dargelegt, wenigstens die Möglichkeit offen halten, bei offensichtlicher Schädigung seines Handels durch das Ausland eventuell zu denselben Waffen zu greifen, um sich Ruhe zu verschaffen. Ob England heute wirklich in dieser schmerzlichen Situation ist, wie Schippel ohne weiteres annimmt, und ob daraus die Chamberlain'schen Zollpolitik resultieren, erscheint uns jedoch noch fraglich. England hat bei seiner Freihandelspolitik ökonomisch noch immer nicht gar so schlecht abgekommen; trotz der Gefahren, die Schippel nicht schwach genug malen kann, hat Englands Volkswirtschaft seit dem Uebergang zum Freihandel einen großen Aufschwung genommen. So häßliche Redner waren die Cobden und Genuin nicht, daß sie nicht wußten, was ihrem Lande fromme, wenn sie sich auch in der Erwartung irren, daß das englische Beispiel in den Kontrahentenstaaten alsbald Nachahmung finden werde. Immerhin war die allgemeine handelspolitische Strömung in den folgenden drei Jahrzehnten auf eine Abwägung der Zollschranken gerichtet, so daß die englische Richtung doch nicht als so ganz verkehrt erweist. Damals waren auch unsere deutschen Agrarier noch freihandeltlich gesinnt, weil Preußen noch als Ausfuhrstaat in Getreide in Frage kam.

Erst mit dem Wiedereintritt der überflüssigen Kontrahenten trat hierin eine Wandlung ein, die zusammen mit den Nachwuchs des industriellen Reiches der siebziger Jahre, unter denen die wirtschaftlich eben so politisch wenig vorteilhafte deutsche Bourgeoisie, von der manche Gruppen schon das frühere Schweben der Schutzzölle tränen den Augen gesehen hatten, vollständig wieder in das schützpolitische Fahrwasser geriet. Das deutsche Beispiel der von Bismarck 1879 eingeleiteten neuen Zollpolitik ist demnach, abgesehen von England, überall Nachahmung gefunden und die Schutzzollmänner sind immer höher emporgezwungen. Die neue Zolltariffpauque in Deutschland, die in den noch in den Gebirgsstaaten liegenden Handelsverträgen ihren Ausdruck finden soll, hat zur nächsten Folge gehabt, daß auch die anderen Staaten ihre schützpolitischen „Waffen“ vernachlässigen, und das Endezeitlich wird eine allgemeine Erhöhung der Zollpolitik sein. Die ganze Handelsvertragspolitik ist durch die jetzt noch schwebende Zollkampagne in der Gegenwart verkehrt worden. Während Handelsverträge früher als Mittel zur Ermäßigung der Zölle galten, ist die jegliche auf den Abschluß neuer Handelsverträge gerichtete Aktion in der offen bekanteten Absicht eingeleitet worden, eine allgemeine Erhöhung der Zölle herbeizuführen. Vermuth wird Unsum!

Aus dieser Lage würde sich — wenn es nicht sonst schon feststände — ergeben, daß die Sozialdemokratie nicht unbedingt für Handelsverträge eintritt. Sie wird sich jeden Handelsvertrag erst sehr genau ansehen müssen und unweigerlich jeden Vertrag ablehnen müssen, der auf der Verkehrserleichterung

eine Verkehrserleichterung bringt und damit diese Art der „Handelsvertragspolitik“ völlig ad absurdum führt. Der Gegenstand, den Schippel in seinen Darlegungen konträr: Handelsverträge oder Freihandel? ist darum auch ein ganz falscher. In der Zollpolitischen Praxis der Gegenwart — und mit der haben wir allein zu rechnen — steht die Frage nur so: Erhöhung oder Ermäßigung der Zölle? ja eigentlich noch eingeschränkter: Haben wir die angebotenen Zollherabsetzungen abzuwehren oder nicht? Selbst wenn zugegeben werden muß, daß ein einzelner Staat innerhalb einer völlig schützpolitischen Umgebung sich nicht von allen schützpolitischen Werten trennen kann, dann ist doch beunruhigend, daß die Schutzzölle seiner Nachbarn Mächtig zu nehmen, so darf er doch nicht über der Not eine Leinwand machen, wie Schippel es macht. Aber Schippel selbst dürfte kaum die Ähnlichkeit besitzen, zu behaupten, daß Deutschland's bisherige Zollpolitische Haltung nicht Stoff genug geboten habe, um bei Handelsvertragsverhandlungen ausreichen Zugeständnisse für den deutschen Handel zu erreichen. Um diesen Kernpunkt der Frage ist Schippel wohlweislich vorfichtig herumgegangen. Mit dem kann er nicht antworten, denn dem widersprechen die ganzen Erfahrungen, die mit den Capitulativen Handelsverträgen gemacht sind; mit Ja darf er nicht antworten, denn dann fällt die ganze Schippelsche Polemik für Schutzzölle in seiner praktischen Anwendung auf die deutschen Verhältnisse in sich zusammen. Unsere Zollpolitik ist gegenwärtig völlig gerichtet von der Tendenz auf immer weitere Erhöhung der Zölle. Er wird in jedem Moment für die Zölle als Waffe zur Verfügung von — Erleichterungen im Handelsverkehr eintritt, der muß wenigstens beweisen, daß die bisherigen Waffen nicht ausreichen, sonst macht er sich mit seiner Argumentation unehrlich lächerlich. Frost hat die gegenwärtige Situation in Deutschland ins Auge, so muß sogar schon der Versuch, solchen Versuch anzustellen, lächerlich erscheinen, denn wenn man Waffen zur Erreichung eines bestimmten Zweckes fordert, dann muß doch wenigstens die Waffen liefern soll, den Zweck wenigstens wollen. Das Schippel sollen die Zollmänner zur Erklärung von Zollherabsetzungen dienen. Glaubt Schippel selbst ernstlich, daß die Reichsregierung solche Erleichterungen wirklich will und daß sie zu dem Zwecke die Zollpolitik zu härten bemüht war?

Schippel hat offenbar die Schwäche seiner Position gegenüber den konkreten deutschen Verhältnissen selbst gefühlt. Darum konträr er sich den „prinzipiellen Freihandel“ als Gegen, nur seine „Unmöglichkeit“ heraus. Das England den Freihandel länger als ein halbes Jahrhundert ertragen hat, läßt diese „Unmöglichkeit“ schon in ganz merkwürdiger Sicht erscheinen, zumal England isoliert von konsequenten Schritt in seine frühere Handelspolitik vollzog und sich so lange als Freihandelssozial in schützpolitischer Umgebung hielt. Wollte Schippel die „Unmöglichkeit“ des generellen Freihandels wirklich beweisen, dann müßte der Beweis dahin gehen, daß ein wenigstens alle wichtigsten Kulturländer umfängliches System der Handelsfreiheit unhaltbar sein würde. Den Beweis ist es schuldig geblieben und wird ihn auch ferner schuldig bleiben.

Von der Weltbühne.

Das Gespenst der bündischen Vertretung an Stelle eines allgemeinen Abhaken herangezogenen Reichstages existiert abermals wieder. Das Organ der sächsischen Regierung, das „Dresdener Journal“, veröffentlicht, allerdings in seinem nichtalltäglichen Teile, einen Artikel, in dem es die Wegbegleiter Wanderverlagerung sehr eingehend und wohlwollend behandelt und so folgenden Geheißes seiner Betrachtung gelangt: „Mit der Begründung der neuen Württembergischen Vertretung ist die Organisation der deutschen Reichstages ein wenigstens ein Schritt gemacht worden, und zu diesem Ergebnis kann man die deutschen Handwerker nur beglückwünschen, nicht nur um ihrer selbst willen, sondern auch aus Gründen des allgemeinen Staatswohls. Ist es doch nur eine Frage der Zeit, daß die berufsbündische Organisation des deutschen Volkes auch die Grundlage für seine politische Vertretung bilden wird.“

Das die sächsischen Geheimnisse mit den Jüngsten sympathisieren, begreifen wir wohl; fängt doch beiden Menschenkategorien das Jöpsigen können und haben doch beide, in ihrer Art, eine Schwärmer für Mittelalter. Aber von Gehalten zur Zeit ist noch ein weiter Weg — namentlich wenn man sich der eigenen Impetung so wohl bemüht ist.

Heber antische Journalistik veröffentlicht einer, der sie seinen Namen, nämlich ein früherer Kreisblattredakteur, in der „Zukunftigen Zeitung“ bemerksamer Angaben. Er schreibt:

„Lange Jahre habe ich in einem westdeutschen Kreisstädchen das mitunter recht ungeliebte Vergnügen, die Weisheit der regierungsgewonnenen Denkart in vollen Zügen zu genießen. Als Redakteur des amtlichen Kreisblattes und meines hochgeachteten Vorgesetzten, eines Quanten von wüthender Agitation, besaßen persönliche können sich allerdings wohl mehr auf dem Gebiete seiner Kartoffelacker und Jagdgründe, als auf dem monotonen Amtsinne des Kreisblattes bewähren, habe man mich so nach und nach zu einem willkürlichen Werkzeug der Landesregierung eines Konversationslexikons wandeln ich freizeiten, wollte ich all jene Weisheit her aufdecken, die ein Syllabus geschaffen, das man „amtliche Journalismus“ nennt.“

Was man das große Publikum ertrotzen muß, und was man in diesem Weisheit einen Kreisblattredakteur alles annimmt, davon einige Beispiele. Es war die Zeit der Reichstagswahlen, die Sozialdemokratie hatte einen Erfolg errungen, der die reichs- und bündischen Agrar- und Arbeiterparteien aus allen Sinnen fallen ließ. Während alle Welt betonte, wie trefflich das bestehende Regierungssystem an dem Erfolge der Wahlen mitgewirkt, gingen die „Eritzen“ vor der Öffentlichkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit über den Rheinfall hinweg. Innerlich jedoch konnte es die Herzen freudlos doch irgend jemand an dem belaudenden Ergebnis Schuld tragen müsse. Endlich hatte man den Reagenzglas gefunden. Er nannte sich das